Aus dem Sitzungssaal vom 21.10.2016

Blutspenderehrung

Bürgermeister Roland Miola begrüßt die zu ehrenden Blutspenderinnen und Blutspender und Herrn Ewald Schramm, stellvertretend für den Bereitschaftsleiter und Vorsitzenden des DRK Ortsverein Fichtenberg Michael Schramm, der beruflich bedingt an der Ehrung nicht teilnehmen kann.

In kurzen Worten hebt Bürgermeister Miola die Bedeutung und Notwendigkeit des Blutspendens hervor und zeigt auf, welche Bedeutung diese freiwilligen und unentgeltlichen Blutspenden für die Allgemeinheit haben. Es ist eine besonders hervorzuhebende Tat, da Blut nicht beliebig viel zur Verfügung steht oder künstlich herstellbar ist. Daher ist es auch wichtig, dass die Ehrung öffentlich stattfindet, damit die Vorbildfunktion nach außen getragen wird und natürlich dies für das Blutspenden eine gewisse Werbefunktion hat.
In diesem Zusammenhang bedankt sich Bürgermeister Miola beim DRK Ortsverein Fichtenberg für die Ausrichtung der Blutspendetermine in Fichtenberg und Oberrot.

Im Anschluss daran nehmen Bürgermeister Miola und Herr Ewald Schramm die Ehrungen für 10, 25, 50 und 100 freiwillige, unentgeltliche Spenden vor. Den Spendern wird eine Urkunde und ein kleines Präsent des DRK Ortsvereins Fichtenberg und der Gemeinde Fichtenberg überreicht. Nicht anwesenden Personen werden die Urkunden, Anstecknadeln und Präsente zugestellt.

Abschließend bedanken sich die Zuhörer und der Gemeinderat mit einem Applaus bei den Spendern und dafür, dass sie für die Allgemeinheit ohne Gegenleistung Blut spenden.

Einwohnerfragestunde

Die anwesenden Zuhörer hatten keine Anfragen.

Baukonzept der Adaptiv Bau GmbH für die Grundstücke Flst.Nr. 10, 7/4, 13/3 im Ortskern
hier: Information mit Beschlüssen

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Bürgermeister Miola Herrn Wolf Kunze und Herrn Gerd Krauss als Ansprechpartner für die Partnerfirma Adaptiv Bau GmbH und Hammer Abbundtechnik GmbH sowie Herr Holger Neuß vom Landratsamt Schwäbisch Hall.

Im Vorfeld zur heutigen Gemeinderatssitzung wurde der Gemeinderat schon in nichtöffentlicher Sitzung über den Planungsstand und die Alternativen unterrichtet. Herr Gerd Krauss hat mit seinen Mitarbeitern zur besseren Darstellung ein sehr gutes Modell geschaffen, an dem die vorzustellenden Varianten näher dargestellt werden können.
Einführend erläutert Herr Krauss den Unterschied zum „zweigeteilten Haus“ im Pfarrgarten anhand des Modells und eines Bildes dieses Gebäudes. Im Weiteren präsentiert er die Gebäude und deren Alternativen. Das Gebäude besteht aus zwei Körpern mit einem Treppenhaus dazwischen. Die Zahl der Wohnungen orientieren sich am Bedarf: Geplant sind zwei 100 qm und sieben 50 qm Wohnungen. Der Komplex ist 12,8 m tief. Beide Baukörper und das Treppenhaus ergeben eine Breite von etwa 21 m. Die Ausführung in Holzständerbauweise ist hochwertig, die Kosten sollen durch Prozessoptimierung reduziert werden. Nachdem der Gemeinderat dem Bau schon grundsätzlich zugestimmt hat, ging es heute nur um Details. Es werden drei Varianten vorgestellt, deren Unterschiede sich in der Stellung der Gebäude und in der Dachform unterscheiden. Der Zwischenbau, der als Treppenhaus dient, könnte mit einem Satteldach oder einem Flachdach versehen werden. In diesem Zusammenhang werden auch die notwendigen Befreiungen erläutert, die von Seiten des Landratsamts Schwäbisch Hall als Genehmigungsbehörde mitgetragen werden könnten.

Nach einer sehr angeregten Diskussion im Gemeinderat wird der Wunsch der Adaptivbau (Variante 2) die Längsseite entlang des Mühlwegs auszurichten, bei Stimmengleichheit und einer Enthaltung abgelehnt.

Im Folgenden wird dann die Variante 1.1. zur Abstimmung gestellt mit der Ausrichtung zur Tälestraße hin. Bei zwei Enthaltungen wird einstimmig dieser Variante zugestimmt.
Im Weiteren wird über die Dachform entschieden. Die beiden Gebäude werden jeweils ein Dach mit verschiedenen Neigungen erhalten, eine Art Satteldach, für die eine Befreiung notwendig wäre. Bei zwei Enthaltungen stimmt der Gemeinderat einstimmig dieser Dachform zu. Im Weiteren beschließt er bei zwei Enthaltungen die Befreiung für die Dachform

auszusprechen. Bei einer weiteren Enthaltung wird einstimmig zugestimmt, dass das Treppenhaus ein flaches Satteldach erhält.

Zur Farbgestaltung der Außenfassade beschließt der Gemeinderat bei zwei Enthaltungen einstimmig, dass eine Farbgebung gewählt werden muss, die sich der Umgebung anpasst. Es scheidet daher weiß oder schwarz aus. Die tatsächliche Farbwahl wird im Gemeinderat nochmals vorgestellt.

Lagepläne Variante 1.1. und Variante 2 sind am Schluss angefügt.

Die Investoren möchten einen Zuschuss aus dem Landesförderprogramm „Wohnraum für Flüchtlinge“ beantragen. Die Möglichkeit der Beantragung besteht nur für die Gemeinde und kann übertragen werden. Durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag soll die Mietbindung gesichert werden. Der Wunsch wäre, bis ca. 50 % des Wohnraums (je nach Wohnungsaufteilung) darüber zu fördern. Die restlichen Wohnungen könnten dann frei vermietet werden. Der Investor müsste sich verpflichten, die Hälfte der Wohnungen für den definierten Zweck vorzuhalten. Hierin dürften nur Personen der nachrangigen Unterbringung (Flüchtlinge) wohnen. Sofern kein Bedarf für diesen Personenbereich besteht, steht einer Vermietung als normale Sozialwohnungen nichts im Weg und würden auch für einkommensschwache Personen/Familien zur Verfügung stehen. Die Mietbindung besteht 10 Jahre. Aus diesem Sachverhalt heraus ergibt sich eine angeregte Diskussion nach Bedarf, Notwendigkeit und auch die Frage, ob es sozial gerecht ist, einzelne Personengruppen hervorzuheben. Bürgermeister Miola erläutert in diesem Zusammenhang, dass die gemeindlichen Unterbringungskapazitäten als Asyl- und Obdachlosenwohnheime satzungsgemäß belegt werden, d. h. es werden keine Mietverträge mit Personen oder Familien abgeschlossen. Dies wäre eine Möglichkeit, zusätzlich Wohnraum zu schaffen, da es schwieriger ist, für diesen Personenkreis Wohnungen zu finden. Derzeit steht noch nicht fest, welche Zuweisungen wir in Zukunft erhalten. Diese Ungewissheit wird in der Diskussion auch von Gemeinderat und Gemeindeverwaltung näher beleuchtet. Daher ist es richtig, diese Form des Zuschusses auf den Bauträger zu übertragen, um auch einen Einfluss auf die Vermietung zu haben. Die Entscheidungen für solche Programme sind nicht auf der Gemeindeebene, sondern auf landes- und bundespolitischer Ebene zu beantworten, so die Antwort von Bürgermeister Miola auf die Frage von einem Gemeinderat.

Bei vier Gegenstimmen und einer Enthaltung wird mehrheitlich zugestimmt, die Gebäude mit dieser Zuwendung zu finanzieren. Den Zuschuss in Höhe von 50 % der Wohnfläche zu beantragen, wird bei zwei Enthaltungen einstimmig gefasst. Die Gemeindeverwaltung ist ermächtigt, den notwendigen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit den Investoren abzuschließen und den notwendigen Zuschussantrag zu stellen und zu unterstützen.

Aufgrund der heutigen Ergebnisse kann nun auch die Frage des Altlastenstandorts mit dem Landratsamt Schwäbisch Hall näher beleuchtet werden, um zu klären, welche Maßnahmen erforderlich sind.
Abschließend bedankt sich Bürgermeister Miola bei Herrn Kunze für die erstellten Unterlagen und seine Mitarbeit sowie das Interesse, in Fichtenberg ein solches Gebäude zu erstellen.

Weiter bedankt sich Bürgermeister Miola bei Herrn Krauss für das erstellte Modell, anhand dessen der Gemeinderat die Wirkung der Gebäude besser einschätzen konnte. Ebenfalls bedankt er sich bei Herrn Holger Neuß vom Landratsamt Schwäbisch Hall für die Einschätzung des Baugesuchs nach dem Bebauungsplan und den notwendigen Befreiungen.

Sanierungsmaßnahmen, Erneuerung Wasserleitung und Instandsetzung Abwasserleitung in der Gartenstraße, Birkenweg und Bühlstraße
hier: Anregungen der Anlieger, Information mit Beschlüssen

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Bürgermeister Miola Herrn Verbandsbaumeister Manfred Sonner vom Verbandsbauamt in Gaildorf.

Am 20. Oktober 2016 informierte Verbandsbaumeister Manfred Sonner und Bürgermeister Miola die zahlreich erschienenen Anwohner der genannten Straßen über die geplanten Maßnahmen, u. a. Abwasserentsorgung, Wasserversorgung, Stromanschlüsse, Gasversorgung, Straßenbau und Straßengestaltung. Aus dem Gespräch konnten viele Anregungen von den Anwohnern mitgenommen werden, die jetzt vom Verbandsbauamt bewertet werden. Nachdem die Zuschussgewährung frühestens im März/April des kommenden Jahres erfolgt, wird die Ausschreibung nach Gewährung des Zuschusses im Herbst stattfinden können, so dass ein Baubeginn im Jahr 2018 geplant wäre.
Der Gemeinderat nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

Baugebiet Waldeck
hier: Spielplatzerstellung

Nachdem die ersten Gebäude im Baugebiet Waldeck entstehen, wäre es sinnvoll, wenn im Frühjahr der Spielplatz fertig gestellt wäre. Im Nordosten des Baugebiets oben am Waldrand, wo auch ein Fußweg zur benachbarten Dentelbergsiedlung geschaffen wurde, gibt es die dafür notwendige Fläche. Herr Sonner erläutert drei Varianten. Die Spielgeräte werden aus Douglasienholz und Edelstahl hergestellt. Die Kostenplanung des Verbandsbauamts beziffert sich zwischen 45.000 und 60.000 Euro. Die Entwürfe unterscheiden sich nur in der Anzahl der Geräte und dem Aufwand, der durch die Geländemodellierungen entsteht. Der Spielplatz soll nicht ausschließlich flach sein, sondern auch eine einigermaßen verspielte Struktur aufweisen. Für die teuerste Variante sind allein Spielgeräte für 22.500 Euro vorgesehen. Bei der günstigsten sind es 9.000 Euro wenige. Die Spielgeräte sollten auch für kleine und größere Kinder ausreichend Spielraum schaffen.
Der Gemeinderat entschließt sich für die dritte Variante, die ein Mittelwert aus kostengünstigster und teuerster Variante ist, mit Kosten in Höhe von ca. 45.000 Euro.

EDV-Anlage im Rathaus Fichtenberg
hier: Information

Die Gemeinde Fichtenberg ist nicht an ein Rechenzentrum angeschlossen und hat für den Verwaltungsbetrieb eigene Programme. Die Anlage wurde im Jahr 2011 komplett erneuert. Hierzu gehört ein Server und eine Datensicherung. In letzter Zeit traten gehäuft Probleme bei der Datensicherung auf. Aufgrund dieser Probleme wurden nun Angebote bei der Firma Bechtle eingeholt, die auch die letzte Anlage erstellt hat. Dies sieht einen neuen Server, der mit Absicherung ca. 17.000 Euro kosten wird. Die Lebensdauer solcher Anlagen liegt zwischen 4 und 6 Jahren. Die Gemeindeverwaltung schlägt vor, die Anlage zu erneuern. Die Datensicherung wurde bereits installiert. Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu. Die Finanzierung erfolgt über die im Haushalt eingestellte Tablets für den Gemeinderat, die in diesem Jahr noch nicht beschafft werden. Die notwendigen Gespräche stehen demnächst an. Der Haushaltsansatz hat eine Höhe von 10.000 Euro. Die weiteren Kosten sind eine überplanmäßige Ausgabe.

In diesem Zusammenhang wurde auch von der Gemeindeverwaltung eine Programmerweiterung aufgearbeitet und im Gemeinderat diskutiert. Nachdem der Gemeinderat sich demnächst mit dem Thema Tablets für die Gemeinderatsarbeit beschäftigt, sollen diese Fragen erst zu diesem Zeitpunkt erörtert werden. Dies ist deshalb sinnvoll, weil mehrere Anbieter von Programmen auch dieses Ratsinformationssystem in ihre Programme integriert haben.

Informationen zum RadNETZ in Baden-Württemberg

Die Gemeindeverwaltung informiert, dass es Möglichkeiten einer Zuwendung für den Routenausbau des Radnetzes gibt. Zwei vordringlich genannten Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, eine dritte Maßnahme, die sich im Bereich des Plapphofes befindet, könnte noch umgesetzt werden. Zuschusshöhe ca. 50 % der entstehenden Kosten. Nachdem die Straße in diesem Bereich am Ende des Radwegs an der L 1066 im Bereich Plapphof zum Bahnübergang in Richtung Murrhardt hin sich nicht im besten Zustand befindet, schlägt Bürgermeister Miola vor, die Maßnahme durch das Verbandsbauamt Gaildorf zu planen und einen Zuschussantrag zu stellen. Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu.

Jugendbeteiligung nach der Gemeindeordnungsänderung

Die Beteiligung von Jugendlichen sowie eine aktive kreative Jugendpolitik sind seit jeher fester Bestandteil der Kommunalpolitik. In den Städten und Gemeinden sind Jugendräte, Jugendforen, Jugendgemeinderäte oder Runde Tische wichtige Instrumente zur Einbindung der Jugendlichen in die Entscheidungsprozesse. Um junge Menschen so früh wie möglich für politische Mitverantwortung zu gewinnen, liegt die Jugendbeteiligung daher grundsätzlich im Interesse der Städte und Gemeinden. Da junge Menschen eher unkonventionellem Engagement aufgeschlossen sind und projektbezogene Arbeiten sowie konkretes Eintreten für eine bestimmt Sache eindeutig bevorzugen, müssen Städte und Gemeinden jeweils auf die örtliche Situation eingehen, themenbezogene, individuelle Lösungen finden, neue Pfade erproben. Die neue Gemeindeordnung regelt in diesem Zusammenhang, dass Jugendliche „bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise zu beteiligen sind“. Nach der gesetzlichen Definition im Kinder- und Jugendhilferecht und im Strafrecht sind Kinder noch nicht 14 Jahre und Jugendliche mindestens 14, aber noch nicht 18 Jahre alt. Die Gemeinde hat in ihrer Eigenverantwortlichkeit einen Ermessensspielraum die Jugendlichen zu beteiligen. Bürgermeister Miola führt aus, wie die Ju-

gendbeteiligung in den vorangegangenen Jahren war. Im Kindergarten findet dies durch die Eltern statt, in der Schule durch die Schulkonferenz. Die Gemeinde hat in der Vergangenheit durch Abfragen das Interesse der Jugendlichen erkundet oder bei einzelnen Projekten die Jugendlichen direkt einbezogen, sei es bei den Spielplätzen oder auch bei unserem Jugendraum. Der Stellenwert der Jugend für unsere Gemeinde wird nicht nur durch die Gemeinde, sondern auch durch viele Vereine mit sehr guter Jugendarbeit bestimmt. Von dort kommen dann Anregungen für die weitere Gemeindearbeit. In der Diskussion im Gemeinderat wird klar, dass es keinen Maßnahmenkatalog gibt, der abgearbeitet werden kann, sondern in Einzelfällen muss direkt darüber nachgedacht werden, die Jugend zu beteiligen oder deren Anregungen, die über Vereine oder Private kommen, zu berücksichtigen werden. Soweit sich neue Ideen ergeben, wird der Gemeinderat hierüber wieder informiert.
Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Organisationsuntersuchung / Stellenbewertung in der Gemeindeverwaltung
hier: Abschlussbericht mit Beschlüssen

Über Veränderungen in der Stellenbesetzung wurde dies auch zum Anlass genommen, die Gesamtstruktur in der Gemeindeverwaltung neu zu ordnen. Hierzu haben die Mitarbeiter zusammen mit der Firma Schneider und Zajontz aus Heilbronn die Strukturen aufgearbeitet und Herr Riedel von der Firma Schneider und Zajontz hat daraufhin einen neuen Stellverteilungsplan geschaffen, der auch gleichzeitig mit einer Stellenbewertung unterlegt war. Die Verwaltung wird dadurch gestrafft und einzelne Teilgebiete in einem Fachbereich zusammengefasst. Bis 31.3.2017 sollen die Umstrukturierungen abgeschlossen werden. Die Mitarbeiter werden ihre Aufgaben nach Einweisung des Übergebenden übernehmen. Die Bevölkerung wird im Rahmen des Amtsblattes über die Änderungen informiert.
Bürgermeister Miola bedankt sich ausdrücklich bei den Mitarbeitern für ihr Engagement in dieser Sache und hofft, dass wir dadurch eine schlankere Struktur zum Vorteil unseres Bürgers erhalten.
Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Bausachen

a) Vorbereitende Untersuchungen für das zukünftige Sanierungsgebiet "Ortskern Ottendorf" in der Stadt Gaildorf (Landkreis Schwäbisch Hall)
Anhörung der Träger öffentlicher Belange gem. § 139 i.V. mit § 4 BauGB (nö)

Die Gemeinde nimmt die Anfrage zur Kenntnis. Anregungen werden keine erhoben.

b) Verschiedenes

Außenbereichssatzung Scheuerhalden-Süd in Oberrot, Scheuerhalden
Öffentliche Auslegung – Beteiligung der Behörden gemäß §4 Baugesetzbuch

Bürgermeister Miola informiert über Inhalte der Außenbereichssatzung. Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Häckselplatz Michelbächle
hier: Errichtung einer Zaunanlage um den Häckselplatz

Das Landratsamt Schwäbisch Hall möchte um den Häckselplatz eine Zaunanlage errichten. Anhand von Folien wird der Umfang dargestellt.
Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu.
In diesem Zusammenhang wird bekannt gegeben, dass nach Abschluss der Maßnahme die Gemeinde die Verantwortung für den Betrieb übernimmt. Sie erhält hierfür einen Kostenersatz vom Landratsamt Schwäbisch Hall. Die Öffnungszeiten wurden schon im letzten Jahr festgelegt. Die Gemeinde wird die damaligen Interessenten für die Aufsicht darüber informieren. Eine Schulung soll auch zentral beim Landratsamt Schwäbisch Hall erfolgen.
Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Annahme von Spenden

Den eingegangenen Spenden wird einstimmig zugestimmt.

Bekanntgabe und Sonstiges

Volkstrauertag

Veranstaltung des VdK Ortsverband Rottal und der Gemeinde

Bürgermeister Miola informiert, dass zukünftig gemeinsam ein Kranz beschafft wird und dadurch die jährliche Zuwendung von 80 Euro an den VdK Ortsverband Rottal entfällt. Die Regelung ist im Einvernehmen mit dem VdK Ortsverband Rottal erfolgt und der Gemeinde Oberrot wendet diese auch an.

Umgehung Mittelrot

Bürgermeister Miola hat sich beim Regierungspräsidium Stuttgart erkundigt, wie der derzeitige Sachstand ist. Derzeit werden noch alte Planungen abgearbeitet und auch alte Maßnahmen abgeschlossen. So in zwei bis drei Jahren kann, nach deren Erkenntnis, näher darüber gesprochen werden. Bürgermeister Miola schlägt vor, erst dann in die Bürgerbeteiligung einzusteigen.

Ortsprospekt

Die letzte Auflage des Ortsprospekts ist beinahe aufgebraucht. Daher wurde ein Angebot von der Gemeinde bei der Agentur Arcos aus Murrhardt eingeholt, die auch die Prospekte im Rahmen der 1200-Jahr-Feier gefertigt hat. Bei einem Preis von ca. 1.600 Euro würden wir einen neuen Prospekt mit einer Auflage von 5.000 Stück erhalten.
Die Gemeindeverwaltung würde den Auftrag gerne vergeben und einen Prospekt erstellen. Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Murrtalbahn

Bürgermeister Miola informiert über ein Gespräch beim Verkehrsministerium in Stuttgart. Hierbei waren die Verlässlichkeit und das Fahrplanangebot und das Wagenmaterial Thema der Besprechung. Wir haben unseren Unwillen kundgetan, dass in letzter Zeit keine verlässlichen Verbindungen gegeben sind. Das Verkehrsministerium wird sich darum bemühen. Ebenfalls wurde der zweigleisige Ausbau der Strecke angeregt. Im Gespräch wurde uns vermittelt, dass es keinen IC Halt entlang der Strecke geben wird. Nach Ansicht von Bürgermeister Miola hätte dies für uns keinen Vorteil gebracht, da wir beim Halt nicht berücksichtigt worden wären. Für uns ist der jetzige Fahrplan nicht schlechter als vorher. Überprüft werden noch von Seiten des Verkehrsministeriums mit der Deutschen Bahn die Wochenendhalte. Eine Verbesserung ergibt sich aus einem Frühzug, der vielleicht auch die

Anbindung zum Flughafen für uns schafft. Neues Wagenmaterial wird zug um zug bis 2019 umgesetzt. Angesprochen wird aus dem Gemeinderat die Möglichkeit einer VVS Anbindung. Bürgermeister Miola informiert, dass dies sicherlich nicht kommen wird. Ausschlaggebend hierfür ist die Region Stuttgart. Im Falle einer Diskussion müssten sich Landkreis und Gemeinde beteiligen. Eine richtige VVS Verbindung hätte für unseren Raum keinen Effekt, da dann an jeder Haltestelle gehalten wird und sich die Fahrzeit erheblich verlängert wird, gegenüber dem jetzigen Angebot. Wünschenswert wäre eine Tarifeinheit dahingehend, dass nicht Fichtenberg bis Fornsbach ein eigenes Tarifgebiet „Kolibri-Karte“ darstellt, da diese Karte nur am gleichen Tag gelöst werden kann.

Abschließend werden die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der letzten Gemeinderatssitzung bekannt gegeben, u. a. die Nichtausübung von Vorkaufsrechten und die Auflösung von Pachtverträgen in der Gewerbegebietserweiterung Hirschäcker. Die Pächter können die Flächen weiterhin nutzen, müssen dann aber in der Übergangszeit nichts mehr bezahlen.

Gemeinderatsfragestunde

Gemeinderat Weckler informiert den Gemeinderat, dass sich Eltern bedankt haben, dass der Wasserspender in der Grund- und Werkrealschule aufgestellt worden ist. Die Schüler nehmen den Wasserspender an. Bürgermeister Miola informiert, dass das Lob nicht der Gemeinde gehört, sondern dem Elternbeirat, der über drei Jahre die Kosten für die Anschaffung und Unterhaltung übernommen hat und nach diesen drei Jahren muss der Gemeinderat darüber entscheiden, ob das Projekt fortgeführt wird.

TÄLESTRASSE
MÜHLWEG
ARCHITEKTURBÜRO
Oskar A. Waschitza
Architekt Dipl.-Ing.(FH)
Artusweg 17
70469 Stuttgart
T 0711 98329870
F 0711 98329872
E info@waschitza.de
I www.waschitza.de
ARCHITEKTURBÜRO WASCHITZA
ENTWURF
VARIANTE 1.1
Projekt
Erstellen eines Mehrfamilienhaus
Tälestraße
74427 Fichtenberg
Flurstück-Nr. 774/10,10/5
Bauherr
Lichtenwald GbR
Herr Michael Bühler
Stöckenhofer Sägmühle
74427 Fichtenberg, 13. Oktober 2016
Architekt
Architekturbüro
Oskar Achim Waschitza
Architekt Dipl.-Ing.(FH)
Artusweg 17
Gez. OW
70469 Stuttgart, 13. Oktober 2016
= BESTAND
= ABBRUCH
= NEU
LAGEPLANSKIZZE
M 1:200

TÄLESTRASSE
MÜHLWEG
ARCHITEKTURBÜRO
Oskar A. Waschitza
Architekt Dipl.-Ing.(FH)
Artusweg 17
70469 Stuttgart
T 0711 99329870
F 0711 99329872
E info@waschitza.de
I www.waschitza.de
ARCHITEKTURBÜRO WASCHITZA
ENTWURF
VARIANTE 2
Projekt
Erstellen eines Mehrfamilienhaus
Tälestraße
74427 Fichtenberg
Flurstück-Nr. 774/10, 18/2
Bauherr
Lichtenwald GbR
Herr Michael Bühler
Stöckenhofer Sägmühle
74427 Fichtenberg, 07. Oktober 2016
Architekt
Architekturbüro
Oskar Achim Waschitza
Architekt Dipl.-Ing.(FH)
Artusweg 17
Gez. DL
70469 Stuttgart, 07. Oktober 2016
= BESTAND
= ABBRUCH
= NEU
LAGEPLANSKIZZE
M 1:200